

«Die Debatte bleibt polarisiert»

Laurent Goetschel sollte bei der Unibesetzung vermitteln. Wie hat er die beiden Konfliktparteien erlebt?

Interview: Lisa Kwasny

Drei Tage lang hat das Kollektiv «Unibas4Palestine» das Bernouillanum, ein Gebäude der Universität Basel, besetzt. Laurent Goetschel, Professor für Politikwissenschaft an der Universität Basel und Direktor der Schweizerischen Friedensstiftung Swisspeace, sollte zwischen Universität und Besetzenden vermitteln.

Wie haben Sie das Zusammentreffen mit den Besetzenden erlebt?

Laurent Goetschel: Ich trug den Vorschlag des Rektorats, der eine Antwort auf die Forderungen der Studierenden beinhaltete, bei einem Plenum der Besetzung vor. Sie fand im grossen Saal des besetzten Bernouillanums statt, es waren 200 bis 300 Personen anwesend. Die Mehrheit waren interessierte und engagierte Studierende, der Saal war sehr energiegeladen. Als Professor ist man sich solche Situationen gewöhnt: Je nachdem, was ich sagte, wurde ich ausgebaut oder beklatscht.

Sowohl die Universität als auch die Besetzenden sagen, sie seien stets zum Dialog bereit, die Gegenseite aber nicht. Wie sehen Sie das?

Das Rektorat wäre zu einem Gespräch mit den Besetzenden bereit gewesen, wenn die Besetzung bis am Mittwochmorgen beendet worden wäre. Die Universitätsleitung sah in der Besetzung einen widerrechtlichen Akt. Für sie wäre ein Gespräch im besetzten Bernouillanum einer Anerkennung des Tatbestandes gleichgekommen. Die Besetzenden hingegen wollten zuerst reden, um die Besetzung als Druckmittel nicht zu verlieren.

War die Situation also zum Scheitern verurteilt?

Die Vorstellungen der beiden Parteien lagen ziemlich weit auseinander. Aber mit etwas mehr Zeit hätte man vielleicht zu einer anderen Lösung kommen können. An der Uni Lau-



Politikwissenschaftsprofessor Laurent Goetschel hätte gerne mehr Zeit gehabt, um zwischen den Parteien zu vermitteln. Bild: Roland Schmid

sanne wurde ein Abkommen geschlossen, welches den Vorschlägen der Uni Basel nicht unähnlich ist.

Welches Angebot hat die Uni den Besetzenden gemacht?

Wie Matthias Geering von Anfang an gesagt hat, kam eine generelle Einstellung der Zusammenarbeit mit israelischen Institutionen für die Universitätsleitung nicht infrage. Aber sie war bereit, die Prüfung sensibler Projekte mit den Besetzenden zu besprechen. Dabei wäre es wohl speziell um Forschung für militärisch nutzbare Produkte gegangen. Die Universität darf sich gemäss ihren Reglementen ohnehin nicht an der Entwicklung von Waffen beteiligen. Forschungsprojekte zu sogenannten Dual-Use-Gütern, die sowohl einen militärischen wie auch einen zivilen Verwendungszweck haben, bedürfen einer Genehmigung. Zudem war die Uni dazu bereit, Möglichkeiten

zu prüfen, um geflüchtete palästinensische Studierende und Professorinnen und Professoren zu unterstützen.

Wie haben die Besetzenden auf das Angebot reagiert?

Sie fanden das Angebot des Rektorats ungenügend und haben mitten in der Nacht einen Gegenvorschlag geschickt. Den genauen Wortlaut des Gegenvorschlags will ich nicht zitieren, aber als ich ihn gelesen habe, dachte ich mir schon, dass das Rektorat darauf nicht eingehen würde. Ab diesem Zeitpunkt war ich aber nicht mehr involviert.

Den Besetzenden wurde vielerseits Antisemitismus vorgeworfen. Finden Sie das begründet?

Die Behauptung, die Besetzung sei grundsätzlich antisemitisch gewesen, ist meines Erachtens eine unzulässige Vereinfachung und dient wohl mehr dazu, die Anliegen der involvierten Perso-

nen zu delegitimieren. Die Kritik an der Besetzungspolitik von Israel und am Krieg in Gaza ist nicht per se antisemitisch. Es gab im besetzten Raum auch gewisse Slogans und Formen, sich zu äussern, die den Verdacht auf Antisemitismus aufkommen liessen. Das trifft aber sicher nicht pauschalisierend auf alle Beteiligten zu.

Wie ist die Stimmung bei den Dozierenden? Bajour zufolge haben über 50 Dozierende, Professorinnen und Professoren einen Unterstützungsbrief für die Besetzung unterschrieben.

Meines Erachtens galt die Unterstützung mehr dem Dialog und weniger der Besetzung. Ich würde das Bild nicht gänzlich auf diesen Brief abstützen. Grundsätzlich gab es verschiedene, nuancierte Positionen. Viele zeigten Sympathie und Verständnis für das Engagement der Studierenden, kritisierten

jedoch gewisse Äusserungen sowie die Tatsache, dass von Anfang an das Mittel der Besetzung gewählt wurde.

Eine Einigung zwischen Universität und Besetzenden kam nicht zustande, die Besetzung wurde geräumt. Bleibt nun alles beim Alten?

Die Debatte bleibt sehr polarisiert. Ich hatte mir erhofft, einen Austausch anzustossen und eine Zwangsäumung zu vermeiden. Leider war die Zeit dafür aber viel zu kurz. Die Frage ist, ob etwas aus diesem kurzen, indirekt geführten Dialog gerettet werden kann. Es hängt von beiden Seiten ab, also der Universitätsleitung wie auch von den Studierenden. Mein Eindruck ist, dass das Rektorat trotz der erfolgten Räumung weiterhin an einem Austausch mit den Studierenden interessiert ist. Ob auch die Studierenden dafür offen sind, wird sich in den nächsten Tagen und Wochen zeigen.

Statt Dialog gab es eine Eskalation

Das sagen die Akteure zur Räumung der Basler Unibesetzung.

Lisa Kwasny

«Das Rektorat bedauert diese Eskalation. Es hat bis zum Schluss erfolglos versucht, mit den Besetzenden in einen konstruktiven Dialog zu treten», schreibt die Basler Universitätsleitung auf ihrer Website. «Wir bieten Dialog an, die Uni schickt Gummischrot und Robocops», schreibt das Kollektiv Unibas4Palestine auf Instagram. Die Fronten könnten verhärter nicht sein.

Am Mittwoch wurde die pro-palästinensische Uni-Besetzung in Basel polizeilich geräumt. Die

Universität habe eine Anzeige wegen Hausfriedensbruch eingereicht, sagt Geering. Weil die Besetzenden bei der Räumung nicht im Gebäude waren, konnte aber niemand verzeigt werden. Wie haben die verschiedenen Parteien die vergangenen drei Tage erlebt?

Unterschiedliche Vorstellungen

Unisprecher Matthias Geering sagt, die Idee einer möglichen Unterstützung von geflüchteten Studierenden oder Forschenden aus dem Kriegsgebiet habe die Unileitung aufgenommen, eben-

so die Anregung, den Konflikt im Rahmen von Gesprächsforen oder Podiumsdiskussionen zu thematisieren. Nicht verhandelbar sei hingegen die Kooperationen mit Israel.

Den Besetzenden war das Angebot der Uni zu wenig: «Der Staat Israel verletzt systematisch das Völkerrecht und verschiedene UN-Resolutionen», sagt Andreas, Sprecher von Unibas4Palestine. Deshalb forderte das Kollektiv, dass die Universität die Zusammenarbeit mit allen Institutionen, die gegen Menschenrechte verstossen, beendet.

Am Tag nach der Räumung meldet sich die Israelitische Gemeinde Basel (IGB) zu Wort. «Es erschüttert uns zutiefst, dass gerade an der Universität Basel, einem Symbol für den Humanismus und bekannt für den Dialog in Lehre und Forschung, hasserfüllte Parolen skandiert werden und an den Schulen gefährlicher Antisemitismus aufkeimt», teilt sie mit. Die Fachgruppe Jüdische Studien der Uni Basel verschickt ein Statement: Die Studierenden würden eine differenzierte Diskussion zu diesem Krieg schätzen. Jedoch habe die Besetzung

für «ein Klima der Angst unter jüdischen Studierenden» gesorgt.

Für die Besetzenden nicht nachvollziehbar: «Die Parole <From the River to the Sea> bedeutet für uns, dass Palästinenserinnen und Palästinenser im gesamten historischen Gebiet Palästina unterdrückt werden und dass es einen gemeinsamen Befreiungskampf gibt», sagt Andreas. Wer das antisemitisch finde, glaube nicht daran, dass jüdische und palästinensische Menschen im gleichen Staat friedlich zusammenleben könnten.